

17. Wahlperiode

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Philipp Magalski (PIRATEN)

vom 22. April 2013 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 24. April 2013) und **Antwort**

Tiefe Geothermie im Raum Berlin

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung: Das Land Berlin und das Land Brandenburg haben 2006 in einem Staatsvertrag über die Bergbehörde und energieaufsichtliche Zuständigkeiten vereinbart, dass die zuständige Behörde im Sinne des Bundesberggesetzes für das Land Berlin das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe Brandenburg (LBGR) ist. Anträge auf Erteilung einer Erlaubnis auf Sole und Erdwärme werden somit im LBGR bearbeitet und beschieden. Soweit Berliner Belange betroffen sind, übt meine für Bergwesen zuständige Senatsverwaltung als Oberste Bergbehörde für das Land Berlin die Fachaufsicht über das LBGR aus.

1. Welche Unternehmer (natürliche oder juristische Personen) sind dem Berliner Senat bekannt, die einen Antrag auf eine a) Aufsuchung und/oder b) Gewinnung und/oder c) Aufbereitung für bergfreie Bodenschätze, hier im speziellen tiefe Geothermie für den Geltungsbereich des Landes Berlin gestellt haben?

Zu 1.: Dem LBGR liegt ein Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis auf Sole und Erdwärme (Aufsuchung) der GeotherMITTE GmbH vor.

2. Wenn dem Berliner Senat keine Unternehmen wie unter Punkt 1.) bekannt sind, was unternimmt der Berliner Senat, um diese in Erfahrung zu bringen?

Zu 2.: Das LBGR unterrichtet über Unternehmensanträge zur Aufsuchung, Gewinnung und/oder Aufbereitung von bergfreien Bodenschätzen unverzüglich die Oberste Bergbehörde des Landes Berlin und informiert diese in regelmäßigen Abständen über den Stand des Antragsverfahrens.

3. Wurde bereits Unternehmen die Erlaubnis und/oder Bewilligung für bergfreie Bodenschätze für das Hoheitsgebiet des Landes Berlin erteilt oder verliehen?

Zu 3.: Der GSAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft wurde eine Erlaubnis zur Aufsuchung von Erdwärme auf einem ca. 75 qkm großen Erlaubnisfeld in Berlin-Tempelhof durch das LBGR erteilt.

4. Wie groß sind die Erlaubnisfelder und/oder Bewilligungsfelder der unter Punkt 1.) angefragten Unternehmen, wo liegen diese genau und wie sind sie räumlich begrenzt (Angabe in Kilometer und Verlauf der Feldgrenzen)?

Zu 4.: Das beantragte Erlaubnisfeld Berlin-Mitte der Firma GeotherMITTE GmbH ist ca. 21 qkm groß. Hinsichtlich der Lage und des Verlaufs der Feldgrenzen wird auf die als Anlage beigefügte Karte verwiesen.

5. Was unternimmt der Senat von Berlin, damit die Bevölkerung rechtzeitig und umfassend über eventuelle Aufsuchungen und/oder Gewinnungen und/oder Aufbereitungen für bergfreie Bodenschätze (im speziellen tiefe Geothermie) für das Gebiet Land Berlin informiert wird?

6. Was unternimmt der Senat von Berlin, damit die Bevölkerung zeitnah und umfassend über die Erteilung oder Verleihung von Erlaubnisfeldern und/oder Bewilligungsfeldern für bergfreie Bodenschätze (tiefe Geothermie) für das Gebiet Land Berlin informiert wird?

Zu 5. und 6.: Eine Öffentlichkeitsbeteiligung im Rahmen der Erteilung einer Erlaubnis oder Bewilligung sieht das Bundesberggesetz nicht vor. Über die Erteilung bzw. Verleihung der Erlaubnisfelder durch das LBGR werden nur die am Verfahren beteiligten Träger öffentlicher Belange in Kenntnis gesetzt.

7. Wie umfassend ist der Informationsaustausch und die Beteiligung mit anderen Behörden nach § 15 BBergG und welche Behörden des Landes Berlin werden von der zuständigen Behörde nach § 15 BBergG betreffend bergfreier Bodenschätze nach § 3 Abs. 3 Nr. 2b BBergG beteiligt?

Zu 7.: Grundsätzlich werden nach Einreichung der Antragsunterlagen durch den Projektträger beim LBGR meine Senatsverwaltung (Oberste Bergbehörde), die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, die Gemeinsame Landesplanung Berlin/Brandenburg sowie die jeweils betroffenen Bezirksämter am Verfahren beteiligt. Die von den Trägern öffentlicher Belange in bergrechtlichen Verfahren abgegebenen Stellungnahmen werden im laufenden Antragsverfahren berücksichtigt.

8. Welche Maßnahmen beabsichtigt der Senat von Berlin zu ergreifen, um sicherzustellen, dass von der zuständigen Behörde Nachhaltigkeits- und Umweltschutzkriterien berücksichtigt werden und die Aufsuchung und/oder b) Gewinnung und/oder c) Aufbereitung für Bergfreie Bodenschätze im Gebiet von Berlin nicht nur rein wirtschaftlichen Interessen unterworfen wird?

Zu 8.: Eine umfassende Berücksichtigung von Umweltschutzkriterien erfolgt in den jeweiligen bergrechtlichen Zulassungsverfahren. Gegebenenfalls erforderliche Umweltschutzanforderungen werden von den im Verfahren beteiligten Behörden gestellt. Der Senat kann keinen Einfluss auf den im Antrag formulierten Zweck des Vorhabens nehmen.

9. Welche Maßnahmen beabsichtigt der Senat von Berlin für den Fall zu ergreifen, dass geologische Schäden oder Emissionen jeder Art durch das Aufsuchen und/oder b) Gewinnen und/oder Aufbereiten von Bergfreien Bodenschätze ausgelöst werden oder eintreten?

Zu 9.: Der Senat achtet pflichtgemäß auf den Vollzug der gesetzlichen Regelungen und darauf, dass die erforderlichen technischen Maßnahmen nach standortbezogenen Voruntersuchungen unter Einhaltung höchster Qualitäts-, Umwelt- und Sicherheitsanforderungen durchgeführt werden, damit Schäden vermieden werden.

10. Wird die Umweltverträglichkeitsprüfung (Anlage 3 BWG Liste „Umweltverträglichkeitsprüfungs-pflichtige Vorhaben“ Nr. 13.4 – „Tiefbohrung zum Zwecke der Wasserversorgung ab einer Tiefe von 100 m“) seitens der zuständigen Behörde auch bei der tiefen Geothermie durchgeführt?

Zu 10.: Nr. 13.4 der oben erwähnten Anlage ist für Bohrungen der tiefen Geothermie nicht einschlägig. Es handelt sich nicht um eine Bohrung „zum Zwecke der Wasserversorgung“. Im Rahmen des bergrechtlichen Verfahrens findet jedoch auch die UVP-V Bergbau (Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung bergbaulicher Vorhaben) Anwendung.

11. Ist das gültige Berliner Wassergesetz (BWG) für die Nutzung der tiefen Geothermie ausgelegt und ist die entsprechende Behörde in der Lage, die Probleme, die durch die tiefen Geothermie entstehend können, zu erkennen?

Zu 11.: Das Berliner Wassergesetz ergänzt beziehungsweise präzisiert das Wasserhaushaltsgesetz (WHG) und regelt unter anderem Gewässerbenutzungen, zu denen auch die tiefe Geothermie gehört. Den beteiligten Fachbehörden sind die bisher bekannten und aufgetretenen Probleme bekannt.

12. Ist dem Berliner Senat bekannt, dass für geothermische Tiefenbohrungen auch das Prinzip der Technologie Hydraulic Fracturing (Fracking) genutzt wird? Wie steht der Berliner Senat zu dieser Technik?

Zu 12.: Dem Senat ist bekannt, dass im Rahmen geothermischer Tiefenbohrungen auch Hydraulic Fracturing zum Einsatz kommen kann. Bei den oben genannten Erkundungsvorhaben soll diese Technologie jedoch nicht zum Einsatz kommen und wurde auch nicht beantragt.

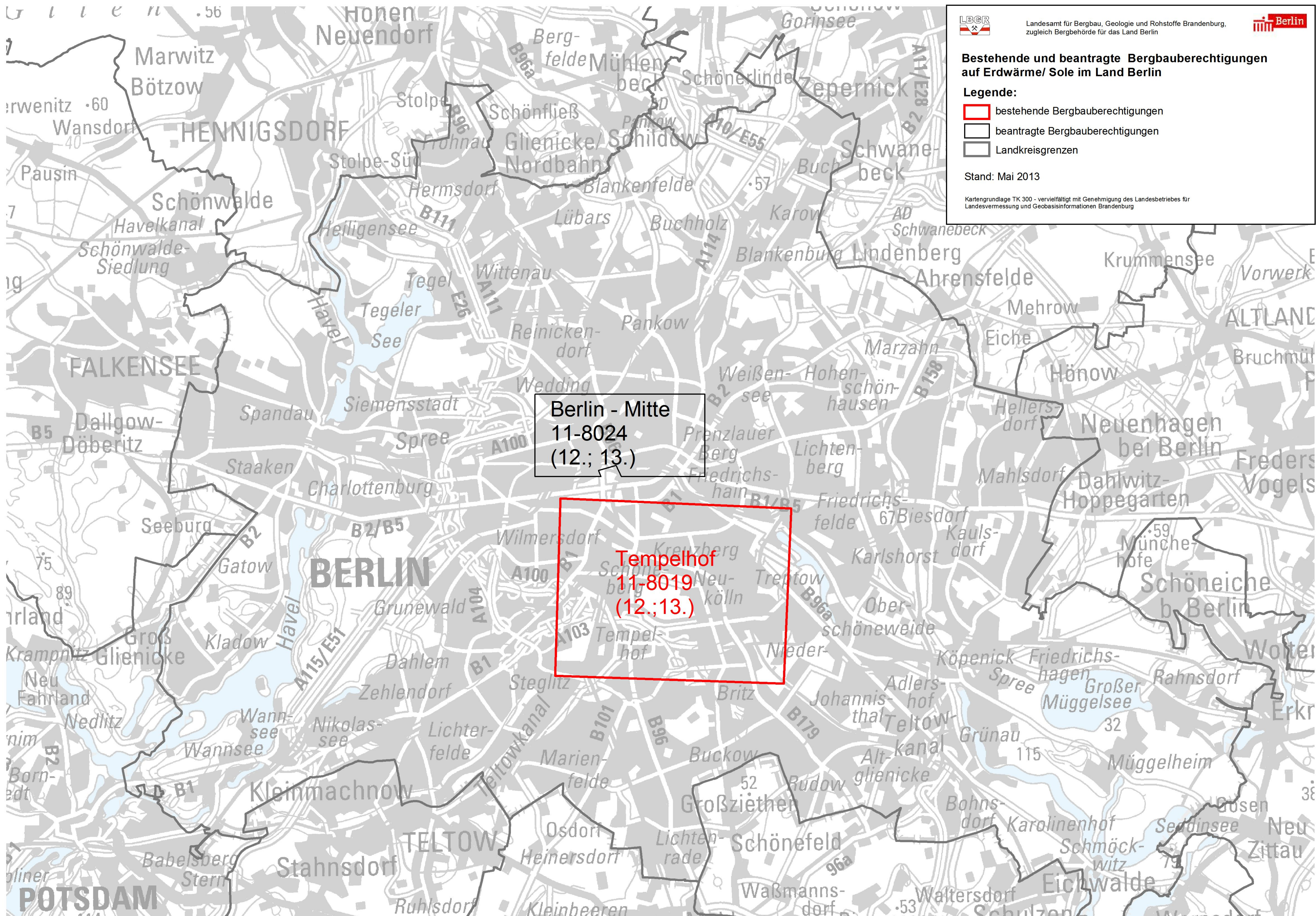
Berlin, den 13. Mai 2013

In Vertretung

Guido Beermann

.....
Senatsverwaltung für Wirtschaft,
Technologie und Forschung

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 22. Mai 2013)



LBGR Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe Brandenburg, zugleich Bergbehörde für das Land Berlin

Bestehende und beantragte Bergbauberechtigungen auf Erdwärme/ Sole im Land Berlin

Legende:

- bestehende Bergbauberechtigungen
- beantragte Bergbauberechtigungen
- Landkreisgrenzen

Stand: Mai 2013

Kartengrundlage TK 300 - vervielfältigt mit Genehmigung des Landesbetriebes für Landesvermessung und Geobasisinformationen Brandenburg

Berlin - Mitte
 11-8024
 (12.; 13.)

Tempelhof
 11-8019
 (12.; 13.)